



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

12. Sitzung vom 29. Januar 2018

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.05 Uhr

Leitung: Pascal Treuthardt (Präsident)

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Peter Heiz, Christoph Maier, Gabriela Vetsch

Verspätet: Philippe Meerwein (GR) (ab 19.50 Uhr)

Präsident:

Pascal Treuthardt

Protokoll:

Linda Weick

Begrüssung und Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung und hofft, dass alle gut ins Neue Jahr gestartet sind. Entschuldigt sind Peter Heiz, Christoph Maier, beide FDP, und Gabriela Vetsch, SP. Der Präsident gibt mit Bedauern bekannt, dass Gabriela Vetsch ihren Rücktritt eingereicht hat und per Ende Januar aus dem Einwohnerrat ausscheidet. Sie hat sich keine grosse Verabschiedung im Rat gewünscht, daher verzichtet er auf das Herunterlesen ihres Lebenslaufs.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen):

Nr. 70, Postulat FDP-Fraktion: Verkehrsfluss und Verkehrssicherheit Paradiesstrasse
Nr. 71, Anfrage Ph. Spitz, SP, und M. Mohler, FDP: Liegenschaftsstrategie / Verkauf Grundstücke

Die Anfrage wird am Ende der Sitzung durch den Gemeinderat beantwortet.

Bereinigung der Traktandenliste

Es gibt keine Änderungsanträge zur Traktandenliste.

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 04.12.2017	
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.12.2017 Energiestrategie - Berichterstattung 2017 Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	205/XI
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.12.2017 Volksinitiative «Vermeiden von unnötigen Lichtemissionen», Teilrevision Polizeireglement Geschäftskreisführung (als Stellvertreterin): Barbara Jost	154/XI
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.01.2018 Anpassung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats Geschäftskreisführung: Mike Keller	69
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.01.2018 Postulat M. Schinzel, FDP: Schluss mit unausgewogenen Abstimmungserläuterungen Geschäftskreisführung: Mike Keller	13
6. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 04.12.2017

Präsident Pascal Treuthardt, FDP fragt nach, ob es Änderungsanträge zum Protokoll gibt. Das ist nicht der Fall.

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 205/XI

Energiestrategie – Berichterstattung 2017

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Karl J. Heim, CVP bedankt sich für die sehr ausführlichen, informativen und auch inhaltlich reichhaltigen Unterlagen zur Energiestrategie Binningen. Die CVP nimmt den Bericht zur Kenntnis, hat aber noch einige Fragen. Diese möchte sie teilweise auch als Forderungen verstanden wissen. Die vorgesehenen Massnahmen zur Nutzung von erneuerbaren Energien und zum Energiesparen begrüsst die Fraktion. Insbesondere unterstützt sie die Umrüstung der Strassenbeleuchtung auf LED und wünscht sich eine rasche Erhöhung des gegenwärtigen Anteils von 15 Prozent. Die CVP freut sich, dass die Schulhäuser Mühlematt und Neusatz mit Blick auf substanzielle Energieeinsparungen umfassend energetisch saniert werden sollen. Das Thema Energie und Energiestrategie nimmt auch auf Bundesebene immer mehr Raum ein und gewinnt an Brisanz. Angesichts dessen findet die Fraktion eine Berichterstattung über das aktualisierte Aktivitätenprogramm im 4-Jahres-Turnus zu wenig. Sie stellt den Antrag, dass mindestens alle zwei Jahre über die Aktivitäten und vor allem über entsprechende Ergebnisse und Einsparungen aus der Energiestrategie informiert werde.

Damit kommt der Votant zu den Fragen: Welchen Zeithorizont sieht der Gemeinderat in Kontext mit den erwähnten Verhandlungen mit der EMB und der avisierten Erhöhung von erneuerbaren Energien im Wärmenetz auf mindestens 50 Prozent vor? Der Zusammenhang zwischen der Mobilitäts- und Verkehrsplanung und der Energiestrategie scheint dem Redner teilweise etwas weit hergeholt. Welchen konkreten Nutzen sieht man bei der Mobilitäts- und Verkehrsplanung für die Energiestrategie? Es ist ihm bewusst, dass sich gewisse Einsparungen ergeben können. Die Ausführungen zu diesem Thema sind aber sehr allgemein gehalten. Im Bericht ist mehrmals von einer sogenannten Energiebuchhaltung die Rede. Wie ist diese strukturiert? Wie und wann wird die Energiebuchhaltung nachgeführt und ist sie öffentlich einsehbar? In den Unterlagen ist die Rede von einer Catch-a-car-Strategie. Das ist grundsätzlich eine gute Sache. Die Fraktion konnte jedoch in Erfahrung bringen, dass es in Binningen an bestimmten Stellen offenbar Fahrzeuge gibt, die weit über eine Woche unbewegt stehen gelassen werden. Das scheint dem Redner nicht sonderlich sinnvoll. Gedenkt der Gemeinderat da einzugreifen?

Der Anteil erneuerbarer Energien liegt in Binningen gemäss Bericht derzeit bei 9 Prozent. Der CVP scheint das relativ wenig. Wie gedenkt man, den Anteil innert nützlicher Frist angemessen zu erhöhen? Kann der Gemeinderat beim Thema Abfallbeseitigung noch gezielter Einfluss nehmen, damit aus dem Abfall mehr Wärme gewonnen werden kann? Das ist in der Energiestrategie vorgesehen. Nach Wissen des Redners befasst sich der Gemeindepräsident beruflich mit solchen Fragen und kann dazu allenfalls etwas Konkreteres erzählen. Die Fraktion findet die Ökogemeinde Binningen sinnvoll. Kann und möchte der Gemeinderat auf die Aktivitäten der Ökogemeinde noch vermehrt Einfluss nehmen? Unter dem

Titel «Auswirkungen auf Gemeindefinanzen» wird aus seiner Sicht ein wenig um den heißen Brei herumgeredet. Es scheint unter dem etwas nebulösen Ausdruck «geeignete Massnahmen» darum zu gehen, neue Stellen zu schaffen, um die Forderungen der Energiestrategie zu erfüllen. Sofern dies zutrifft: Um wie viele zusätzliche Stellenprozente geht es hier und wie werden diese konkret begründet?

Stephan Appenzeller, SP äussert, die SP nehme den umfangreichen und sehr informativen Bericht mit allen Beilagen des Gemeinderats grundsätzlich sehr positiv zur Kenntnis. Die Fraktion stellt fest, dass vieles in Arbeit ist und es einiges Positives zu berichten gibt zum Thema Energie. Es handelt sich um ein Informationstraktandum. Die SP erlaubt sich, den Bericht nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch einige Verbesserungspotenziale resp. Potenziale für mehr Verbindlichkeit zu beleuchten mit der Aufforderung an den Gemeinderat, dies in seine weitere Arbeit aufzunehmen.

Ein Thema, welches der Fraktion sehr am Herzen liegt, ist die Mobilität. Mobilität ist ein wichtiger Energieverbraucher in der heutigen Gesellschaft. Daher gehört das Thema in eine Energiestrategie. Die Partei begrüsst die Ausarbeitung eines Mobilitätskonzepts. Zudem findet sie es gut, dass der Gemeinderat die SP-Idee eines Ortsbuses ernsthaft prüfen möchte. Insgesamt hätte die Fraktion gerne noch konkretere Informationen zum Mobilitätskonzept. Was sind die Themenfelder? Welche Zielsetzungen werden angepeilt? Vielleicht kann der Gemeinderat dazu noch einige Zusatzinformationen liefern. Als besonderen Punkt unter dem Thema Mobilität hebt der Votant den Langsamverkehr hervor. Binningen hat seit 5 Jahren ein Konzept für den Langsamverkehr (d.h. für Velos und Fussgänger). Die SP erwartet im Unterschied zum Bericht, dass man bei der Umsetzung schneller vorwärts macht. Es gibt einige wichtige Projekte, die noch nicht realisiert wurden. Als Familienvater denkt er speziell an den sicheren Schülerveloweg zwischen Paradiesstrasse und Weinbergstrasse, der im Langsamverkehrskonzept enthalten ist. Der Votant vermutet, auch die Binninger Ortspolizisten hätten mehr Freude, wenn sie nicht immer wieder Bussen verteilen müssten, sondern zuschauen könnten, wie der Veloweg genutzt wird. Das passt auch sehr gut zum heute eingereichten Postulat der Freisinnigen.

Der Punkt Bike-Sharing kommt für die SP bisher noch etwas zu kurz. Im Bericht werden die Catch-a-car-Standorte genannt. Es wird erklärt, dass man dieses Angebot weiterführen möchte. Die Fraktion findet, es sei auch an der Zeit, E-Bike-Sharing in Binningen zu fördern. Die Spatzen pfeifen von den Dächern, dass ein grösserer Anbieter noch in diesem Jahr ein attraktives Angebot in der Region Basel zur Verfügung stellen möchte. Binningen könnte an erster Stelle zeigen, dass man mitmachen möchte. Man könnte beispielsweise eine Solartankstelle von einem bekannten lokalen KMU einrichten, um dort ein E-Bike-Angebot zur Verfügung zu stellen, welches an dieser Tankstelle geparkt und aufgeladen werden könnte. Dass es in den Unterlagen heisst, Binningen prüfe die Beschaffung von energieeffizienten Gemeindefahrzeugen, findet der Votant schön. Man könnte aber entschlossener vorgehen und eine Strategie entwickeln, bei welcher man systematisch Gemeindefahrzeuge auf Elektromobilität umstellt.

Zum Schluss möchte der Redner noch ein Wort zu den Liegenschaften sagen. Die SP sieht, dass mit Sanierungen und Photovoltaikanlagen bereits vieles gemacht wurde. Aber auch das könnte man konsequenter verfolgen und die Latte etwas höher legen. Man könnte beispielsweise verbindliche Jahresziele festlegen. Als mögliches Ziel schlägt der Votant eine 2 - 3 prozentige jährliche Reduktion des Energieverbrauchs bei den Gemeindeliegenschaften vor. Das würde sehr gut in die Energiebuchhaltung passen. Dies sind einige der Themen, welche die Partei hervorheben wollte. Insgesamt wird die SP dem Antrag auf Kenntnisnahme zustimmen und stellt ebenfalls den Antrag auf eine Berichterstattung alle 2 Jahre.

Beatrice Büschlen, Grüne dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung namens ihrer Fraktion für den Zwischenbericht und das aufschlussreiche Aktivitätenprogramm. Leider werfen einige Punkte im Bericht mehr Fragen auf, als sie beantworten. Die Votantin fügt dazu folgendes Beispiel an: Obwohl im Bereich Wärmeversorgung und Mobilität anscheinend gute Planungsgrundlagen vorhanden sind, fehlen – gemäss Bericht – konkrete quantifizierte Ziele für das Engagement im Energiebereich. Den Grünen ist nicht klar, ob das für das ganze Kapitel «Planung, Raumordnung» gilt oder nur für einen Teilbereich. Sie sind

der Meinung, Planung ohne Ziele könne nicht sein. In diesem Zusammenhang wäre auch der Zwischenstand zum Thema WBA/EBM von Interesse oder zumindest ein Hinweis, wann mit ersten Resultaten oder Informationen gerechnet werden kann. Die Rednerin geht davon aus, dass auch in der Energiebuchhaltung erste Zahlen vorhanden sein müssten, da diese bei den bereits realisierten Massnahmen aufgeführt ist. Die Grünen forderten diese Zahlen immer wieder ein und würden sich über einen ersten Überblick freuen. Die Prüfung von neuen Verwertungsmöglichkeiten nach dem Stand der Technik erscheint der Fraktion eine ausgesprochen defensive Haltung. Weltweit wird dem Plastikmüll der Kampf angesagt und Binningen ist immer noch mit etwas formalistischen Formulierungen beschäftigt. Mit einer offensiveren Haltung könnte dem technischen Fortschritt eher auf die Sprünge geholfen werden. Plastik wird in vielen Ländern, Städten und Gemeinden bereits erfolgreich gesammelt und energetisch sinnvoll verwertet. Bei den Beschaffungsrichtlinien erwartet die Fraktion nicht nur die Berücksichtigung im Bauwesen, beim Holz und Papier, sondern auch ganzheitlich über alle Bereiche der öffentlichen Hand. Die Gemeinde sollte auch hier Vorbildcharakter zeigen. Die Grünen hoffen, dass diese Richtlinien bald vorliegen und sind gespannt darauf.

Im Binninger Anzeiger wird die Öffentlichkeit durch die Gemeindeverwaltung, die Ökogemeinde und die AEB jeweils gut über geplante Aktivitäten im Energiebereich informiert. Die Grünen würden sich vom Binninger Gewerbe ein ähnliches Engagement wünschen und bedauern das mangelnde Interesse an Energiesparthemen. Mit dem Gewerbeverband und dem «EnAW KMU-Modell» der EBM sind Möglichkeiten vorhanden. Binninger KMU könnten Werbung für sich machen. Zudem fände es die Fraktion sinnvoll, den Energiefuchs – sollte er immer noch auf der Liste sein – wieder zu aktivieren. Sie würde auch eine Berichterstattung der Primarschulen über ihre Aktivitäten zu den Energiethemen begrüßen. Eine Klasse aus dem Margarethenschulhaus hat beispielsweise beim Projekt «Modul Solarenergie» der Linie-e mitgemacht. Dazu hat die Rednerin keinen Bericht im Binninger Anzeiger oder auf der Webseite der Schule gefunden. Dafür gibt es ein Foto auf der Webseite der Energie Zukunft Schweiz. Sie findet es schade, dass diesbezüglich nicht mehr Werbung gemacht wird.

Die Fraktion hofft, zum Raumkonzept Leimental bald weitere Information zu erhalten. Zukunftsweisend wäre in diesem Zusammenhang die Förderung von Ladestationen für Elektroautos und -velos. Bei öffentlichen Gebäuden in Binningen, welche bereits erneuerbare Energie produzieren, sind die entsprechenden Ladestationen zu installieren. Mit dem kostenpflichtigen Bezug könnten die Investitionskosten gesenkt werden. Für das ergänzende ÖV-Angebot zum Friedhof empfehlen die Grünen dem Gemeinderat die Prüfung des autonomen Buses «SmartShuttle» von Postauto. Ganz generell darf eine Entflechtung zwischen Auto und Velo nicht dazu führen, dass die Velos aufgrund des Raumbedarfs auf die Trottoirs verbannt werden. Der Zwischenbericht und das Aktivitätenprogramm zeigen viele offene Aufgaben und geplante Projekte in allen Massnahmenbereichen. Ist dafür überhaupt genügend Personal vorhanden? Die wichtigen Aufgaben müssten eigentlich innert nützlicher Frist bearbeitet werden. Die Grünen nehmen den Bericht zur Kenntnis. Mit einem Berichtsintervall von 4 Jahren sind sie aber nicht einverstanden. Der Fortschritt bei den erneuerbaren Energien, den Energiesparmöglichkeiten aber auch die Umsetzung und der Einfluss des neuen Energiegesetzes werden viele und schnelle Veränderungen verursachen. Die Fraktion hält es daher für sinnvoll, in einem kürzeren Abstand über den Status des Aktivitätenprogramms zu berichten. Auch die Grünen würden eine Berichterstattung an den Einwohnerrat alle zwei Jahre beantragen, zumindest über die Aktivitäten.

Roman Oberli, SVP teilt mit, die SVP nehme Kenntnis vom Bericht über die Aktivitäten bezüglich der Energiestrategie Binningen. Die Fraktion betrachtet allerdings einige Punkte kritisch und wird die dortigen Entwicklungen genau mitverfolgen. Sie ist unter anderem besorgt über den MIV-feindlichen Kurs des Gemeinderats mit immer mehr und höheren Gebühren und Hindernissen für die Automobilisten. Es ist eine Tatsache, dass viele Leute auf ein Auto angewiesen sind. Mit den künftigen Generationen von Fahrzeugen wird sich die Ökobilanz des MIV weiter der des ÖV annähern. Ausserdem prognostizieren Studien, dass das Interesse am mobilisierten Individualverkehr weiter steigen wird. Die SVP betrachtet auch die übermässige Bevorzugung von derzeitigen Car-Sharing-Angeboten mit einer gewissen Skepsis.

Die Idee des Car-Sharings ist im Grundsatz gut, es gibt aber Probleme in der Praxis. Oft stehen genau diese Autos mehrere Tage unbenutzt auf Parkplätzen und verknappen das Parkplatzangebot weiter. Dem gilt es entgegen zu wirken, vor allem da es aufkommende Car-Sharing-Angebote gibt, die wesentlich effizienter sind.

Fazit: Die Fraktion findet es kontraproduktiv, wenn der Gemeinderat aus politischen Gründen mit kurz-sichtigen Aktionen die künftige Entwicklung des Verkehrs behindert. Schlussendlich sollten der ÖV und der Individualverkehr ein Mit- statt ein Gegeneinander sein. Weiter ist die SVP aus wirtschaftlichen und aus Kostengründen gegen einen Ortsplateaubus. Ebenfalls aufgrund hoher Mehrkosten und eines be-schränkten Aktionsradius spricht sich die Fraktion gegen die Beschaffung von Elektroautos für die Ge-meinde aus. Es sollte stattdessen auf handelsübliche Fahrzeuge zurückgegriffen werden. Ausserdem stellt sich der Partei folgende Frage: Gemäss der Beilage «Energiefonds Stand 31.12.2016» nehmen die Ausgaben von 140 465 Franken auf 290 081 Franken zu (Seite 9). Auf welche Faktoren ist das zurückzu-führen und wie sehen die Ausgaben Total per 31.12.2017 aus?

Peter Sala, FDP schliesst sich dem Dank für den ausführlichen Bericht an und möchte dazu noch einige Anregungen äussern. Die Fraktion hat sich gefragt, ob wirklich derart viel Papier verteilt werden muss. Man könnte auch nur das Nötigste verteilen und für den Rest einen Link auf das Archiv machen. Unter dem Titel «Interne Organisation» auf Seite 4 des Berichts steht, die Zuständigkeiten seien geregelt. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen seien aber knapp und dadurch nehme man externe Ressourcen in Anspruch. Wofür werden diese in Anspruch genommen und wie hoch ist das Budget? Im Bericht wird zudem erwähnt, es werde regelmässig eine Berichterstattung mit Kennzahlen erarbeitet. Wo sind diese Zahlen und um was handelt es sich dabei? Nach Dafürhalten der FDP fehlt eine quantitative Darstellung der Zielerreichung von 2025. Im Bericht steht nichts Konkretes. Für die Wärmezeugung beruht die Energiestrategie 2016 zur Hauptsache auf dem Holzkraftwerk Bottmingen. Das gibt es nicht mehr. Wie sehen die Alternativen aus? Im Aktivitätenplan 2017 steht, man arbeite daran. Gleichzeitig wird aber auf der letzten Seite der Energiestrategie 2016 darauf hingewiesen, dass die Strategie bei wesentlichen Än-derungen überarbeitet werden soll. Die FDP wird den Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

Philippe Spitz, SP: «Binningen ist Spitze beim Energie- und Umweltengagement. Wir wollen, dass Binnin-gen beim Umgang mit Energie und Natur vorbildlich ist und sich mit ausgewogenen, praktikablen Mass-nahmen für eine intakte Umwelt einsetzt. Wir setzen uns dafür ein und wollen, dass auf öffentlichen Bauten grundsätzlich die Sonnenenergie genutzt wird. Wir möchten eine Förderung von «Car-Sharing» und «E-Mobilität» und eine Solartankstelle in Binningen.» Dies ist keine Forderung der SP. Der Votant zitiert hier den Wahlflyer der FDP, welcher vor 2 Jahren im Umlauf war. Er ist erstaunt, dass der Ge-meinderat bei der Verfassung des Berichts nicht einmal auf das eher etwas bescheidene FDP-Niveau abgesunken ist. Es ist nur zum Teil Spass, aber Spass beiseite. Dem Redner scheint, man habe geschaut, was ohnehin schon unterwegs ist. Die Liegenschaftsstrategie und der Ortsbus wurden dazu gemischt. Die Schulhäuser Dorf passen auch gut zum Thema, schon hat man den halben Bericht. Der WBA-Fonds wurde von Seiten der SVP genannt. Da hätte man auch neuere Zahlen einflechten können. Kurz gesagt: Proaktiv ist wenig sichtbar. Man hätte etwas mehr machen können. «Gouverner c'est prévoir». Es gäbe aus Sicht des Votanten viel zu tun. Man könnte sagen: «Packen wir es an.». Last but not least möchte er den Fokus nochmals auf die Wärmeschiene Leimental legen. Aus seiner Perspektive ist bei diesem The-ma nicht mehr viel vorwärts gegangen. Die EBM scheint sich nicht zu bewegen. Jedenfalls ist nichts sichtbar. Es gab grosse Versprechungen, Hoffnungen wurden zu Recht geweckt. Das Ganze ist aber wie ein Kartenhaus eingefallen. Vielleicht ist es auch anders. Der Redner wäre froh, wenn man dazu noch etwas in Erfahrung bringen könnte.

Sven Inäbniit, FDP ist erleichtert, dass Philippe Spitz in diesem Papier nicht noch die Parkraumbewirt-schaftung ausgegraben hat. Da hätte er den Votanten wirklich auf dem falschen Fuss erwischt. Er möch-te schnell auf dieses Thema zu sprechen kommen und an das Votum von Karl J. Heim anschliessen. Die Parkraumbewirtschaftung nimmt in der Berichterstattung zur Energiestrategie einen erheblichen Raum

ein oder zumindest ist es ein Punkt, der in der Strategie angeführt wird. Er nimmt das Geschäft bisher so wahr, dass es bei der Parkraumbewirtschaftung um zwei Sachen geht. Erstens geht es um eine Abgeltung von einer angeblich gesteigerten Allmendnutzung durch die Personen, die ihr Fahrzeug abstellen. Das hat aus seiner Sicht nichts mit energiesparen zu tun. Und zweites soll eine Lenkung des Verkehrs, insbesondere der Fremdparkierer, bewirkt werden, damit die eigene Bevölkerung – und das wurde ihm so gesagt – endlich eigene Parkplätze hat. Auch bei diesem zweiten Punkt sieht der Redner überhaupt keinen Zusammenhang mit der Energiestrategie. Ihn würde interessieren, wieso der Gemeinderat den Bericht mit der Parkraumbewirtschaftung angereichert hat.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP bedankt sich bei den Anwesenden für die vertiefte Auseinandersetzung mit dem Bericht. Wenn man einen solchen Bericht zum ersten Mal verfasst, hat es den Vorteil, dass man kreativ sein kann. Man kann quasi auf der grünen Wiese eine Hütte bauen, wie es einem gefällt. Es hat aber auch den Nachteil, dass man ab und zu etwas betriebsblind wird und gewisse Sachen nicht sieht, welche heute Abend angeregt resp. moniert wurden. Es ist manchmal schwierig, die Wünsche zu kennen, wenn man etwas zum ersten Mal macht. Daher ist die Gemeinderätin sehr froh um die kritischen Voten und wird versuchen, die gestellten Fragen zu beantworten. Bei ein, zwei Punkten kann sie spontan keine Antwort geben. Das wird aber gerne nachgeliefert.

Die Energiebuchhaltung wird auf der Verwaltung in einem speziellen Tool geführt. Sie ist nicht öffentlich einsehbar. Der Gemeinderat kann aber regelmässig darüber berichten. Einige Zahlen sind im Jahresbericht 2016 enthalten. Diese Zahlen können sehr gerne in den Bericht aufgenommen werden. Die Votantin wird sich das für die nächste Berichterstattung vormerken. Im Bereich Mobilität ist man daran, eine Strategie zu erarbeiten. Diese sollte hoffentlich bis spätestens Ende Jahr stehen. Mobilität ist ein Teil von Energie. Es gibt unterschiedliche Mobilitätsformen, energiesparendere und solche, die mehr Energie benötigen. Sobald die Mobilitätsstrategie vorliegt, wird man diesbezüglich etwas aufzeigen können. In Bezug auf die Wiederverwertung von Plastik wurde erst kürzlich ein Postulat abgeschrieben, ein weiteres wird demnächst beraten. Dazu möchte die Rednerin nicht viel sagen. Es ist aber natürlich ein Anliegen, Mittel und Wege für einen sinnvollen Umgang mit Plastik zu finden, sollte man ihn nicht bereits von vornherein vermeiden können.

Ein wichtiges Thema war offenbar Catch-a-car. Mit dem Parkraumreglement sollen einerseits die Parkgebühren für Catch-a-car erhoben werden. Insofern hat es gewisse Auswirkungen. Es gibt wissenschaftliche Nachweise, dass Leute bei guten Sharing-Angeboten eher auf ein eigenes Auto verzichten. Auch dort besteht wieder ein Zusammenhang. Die Gemeinde hat eine Regelung mit Catch-a-car. Die Firma muss ihre Fahrzeuge, wenn sie nicht bewegt wurde, nach max. 5 Tagen verschieben. Das funktioniert in aller Regel auch sehr gut. Über die Feiertage hat es nicht funktioniert, dort gab es eine Massierung. Die Reklamationen gingen bei der Gemeinde ein. Wahrscheinlich sind vermehrt entweder Einwohnerinnen und Einwohner oder Gäste über Weihnachten hochgefahren, haben das Fahrzeug stehen gelassen und sich mit dem Taxi nach Hause chauffieren lassen. Scheinbar hat in dieser Zeit niemand auf die App geschaut und diese Massierung festgestellt. Normalerweise funktioniert der Abtransport nach max. 5 Tagen. Der Gemeinderätin ist nicht bewusst, dass man neue Stellen schaffen möchte. Es ist aber in der Tat so, dass viele Ideen und Massnahmen auch Aufwand generieren. Man wird nicht alles umsetzen können. Es ist eine Frage der Priorisierung. An den Voten war erkennbar, dass es dabei um die Quadratur des Kreises geht. Die einen wollen mehr Elektrofahrzeuge, die anderen wollen keine. Man wird sehen, wohin es geht.

Ein wichtiger Punkt, welcher angesprochen wurde, ist der Anteil erneuerbarer Energien. Die Rednerin findet 9 Prozent auch zu wenig, abgesehen davon wäre auch mehr als 50 Prozent schön. Man ist definitiv noch nicht da, wo man hin möchte. Die Wärmeschiene Leimental ist gestorben. Nach dem Entscheid von letzten Frühling/Sommer musste sich die EBM zuerst wieder sortieren. Sie hat sehr auf das Projekt in Bottmingen gesetzt und war sicher nicht erfreut, dieses begraben zu müssen. Der Gemeinderat ist nun daran, mit der EBM sämtliche Optionen zu evaluieren, wie man die 50 Prozent erneuerbare Energie

erreichen kann. Es ist nicht so, dass man mit den Fingern schnippen und an einem anderen Ort ein derartiges Heizkraftwerk bauen könnte. Es gibt gewisse Ideen, aber die sind nicht einfach von heute auf morgen umsetzbar. Die Frage der Kostensteigerung von Roman Oberli klärt die Votantin gerne ab und liefert die Zahlen nach. Damit hofft sie, die wichtigsten Fragen beantwortet zu haben. Den Wunsch nach einer Berichterstattung alle 2 Jahre kann sie nachvollziehen. Im Vorfeld der Sitzung war das Fehlen der Zahlen des Jahres 2017 ein Thema. Das liegt daran, dass diese noch nicht vorliegen resp. erst in den letzten Tagen eingegangen sind. Die zuständige Gemeinderätin schlägt vor, die zweijährige Berichterstattung nicht per Ende Jahr sondern jeweils im ersten Quartal vorzunehmen. Somit könnten die Zahlen des jeweiligen Vorjahres zeitnah in den Bericht integriert werden. Die nächste grosse Berichterstattung würde man demnach in 2 Jahren mit den Zahlen des Jahres 2019 machen.

Sven Inäbnit, FDP wäre froh um eine Antwort seitens des Gemeinderats auf seine Frage bezüglich der Parkraumbewirtschaftung. Er ergänzt, keine Antwort sei sonst auch eine Antwort.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP hatte den Eindruck, die Frage bereits beantwortet zu haben. Im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung geht es einerseits um den Verkehr der Auswärtigen. Binningen ist ein wenig zum Parkplatz für alle rund herum geworden. Diese werden von Binningen weggehalten, wenn sie keine kostenfreien Parkplätze mehr finden. Zudem kann der Anteil an eigenen Fahrzeugen mit Hilfe diverser Car-Sharing-Angebote reduziert werden. Das wiederum senkt den generellen Energieverbrauch und hat daher durchaus einen Zusammenhang. Sie fand es nicht so prominent wie ihr Vorredner, würde den Zusammenhang aber nicht gänzlich negieren. Dieser besteht sicher.

ABSTIMMUNG

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommt der Präsident zur Abstimmung. Es liegen zwei ähnliche Änderungsanträge zu Antrag 2 des Gemeinderats vor. Der Änderungsantrag der CVP lautet: «Die Berichterstattung erfolgt wiederkehrend alle zwei Jahre, nächstes Mal für die Jahre 2017 und 2018.». Die SP beantragt: «Die Berichterstattung erfolgt wiederkehrend alle vier Jahre, nächstes Mal für die Jahre 2017 bis 2020. Der Gemeinderat erstattet alle zwei Jahre einen Kurzbericht über die zwischenzeitlich erreichten Ziele.». Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt fragt die Fraktionen, ob sie sich auf einen Antrag einigen können, da beide sinngemäss eine Berichterstattung alle zwei Jahre fordern.

Gaida Löhr, SP erklärt, die SP habe gesehen, wie umfangreich und wahrscheinlich auch aufwändig die Berichterstattung war. Im Sinne einer Entlastung der Verwaltung stellt sich die Fraktion alle zwei Jahre abwechselnd einen vollem Bericht und einen etwas kürzeren Zwischenbericht, welcher darüber Auskunft gibt, was inzwischen erledigt wurde, vor. Die Rednerin sieht daher einen gewissen Unterschied zwischen den beiden Anträgen.

Karl J. Heim, CVP führt aus, die CVP könne sich dem Antrag der SP anschliessen. Ein Zwischenbericht ist ihnen auch Recht. Die Fraktion möchte einfach wissen, welche Ergebnisse und Einsparungen im Zusammenhang mit der Energiestrategie erzielt wurden. Dies muss aber nicht in epischer Breite sein. Die CVP zieht ihren Antrag daher zugunsten des SP-Antrags zurück.

Rahel Bänziger, Grüne ist etwas verunsichert. Wenn sie die verschiedenen Unterlagen anschaut, muss sie feststellen, dass vier der vorliegenden Dokumente bereits 2016 verschickt wurden. Diese Unterlagen mussten von der Verwaltung nicht neu erstellt werden. Neu war nur das vierseitige Aktivitätenprogramm. Wäre es nicht möglich, alle zwei Jahre einen solchen Bericht zu erhalten? Die ganzen Reglemente etc. müssten aus ihrer Sicht nicht jedes Mal mitgeschickt werden. Es wäre aber interessant, alle zwei Jahre zu erfahren, wo Binningen steht und bei welchen Themen der Gemeinderat allenfalls die Unterstützung des Einwohnerrats benötigt. An die zuständige Gemeinderätin gerichtet fragt die Rednerin nach, ob das vorliegende ein kleiner Zwischenbericht sei oder wie die Planung der Berichterstattung aussehe.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP teilt mit, bei der vorliegenden Berichterstattung handle es sich eher um die umfangreichere Version. Es ist nicht so schwierig, die Zahlen zusammenzutragen. Aufwändig ist die Umrechnung der effektiven Einsparungen, wie sie von Karl J. Heim gewünscht werden. Die Votantin versteht das Anliegen und ist der Ansicht, eine Berichterstattung alle zwei Jahre sollte möglich sein. Vielleicht gibt es den einen oder anderen Punkt, der etwas kürzer ausfallen wird. Im Grundsatz sollte es aber machbar sein.

Rahel Bänziger, Grüne stellt namens der Grünen den Antrag, dass der Einwohnerrat alle zwei Jahre einen Bericht in dieser Form erhält mit den genannten Punkten, welche allenfalls etwas kürzer ausfallen. Auf Nachfrage formuliert sie den Antrag wie folgt: «Die Berichterstattung erfolgt wiederkehrend alle zwei Jahre.»

Antrag 1: Kenntnisnahme

Ausmehren der Änderungsanträge zu Antrag 2 des Gemeinderats:

Antrag der SP: 27 JA

Antrag der Grünen: 9 JA

1 Enthaltung

Damit obsiegt der Antrag der SP, welcher nun dem Gemeinderatsantrag gegenübergestellt wird.

Antrag 2 des Gemeinderats: 3 JA

Antrag der SP: 34 JA

Keine Enthaltungen

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat nimmt den Bericht über die Aktivitäten der Gemeinde im Rahmen der Energiestrategie zur Kenntnis.

://: 2. Die Berichterstattung erfolgt wiederkehrend alle vier Jahre, nächstes Mal für die Jahre 2017 bis 2020. Der Gemeinderat erstattet alle zwei Jahre einen Kurzbericht über die zwischenzeitlich erreichten Ziele.

Traktandum 3

Nr. 154/XI

Volksinitiative «Vermeiden von unnötigen Lichtemissionen», Teilrevision Polizeireglement

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Sven Inäbni, FDP beruhigt die Anwesenden, die FDP trete auf jeden Fall auf das Geschäft ein. Sein Handerheben bei der Eintretensfrage war ein Fehler. Er muss jedoch vorausschicken, die Fraktion habe sehr gemischte Gefühle. Die Vorlage zur Änderung des Polizeireglements hat bei der FDP nochmals liberale Schweisstropfen herausgepresst. Der Redner hält in aller Deutlichkeit an der damaligen Grundsatzbeurteilung fest. Diese hat sich nicht geändert. Für die Partei sind nach wie vor drei Punkte wichtig. 1. Es ist eine unnötige Einschränkung der persönlichen Freiheit und des Gewerbes. 2. Der Sicherheitsaspekt

leidet aufgrund der neuen Regelung. Das ist keine gute Sache und in Binningen unerwünscht. 3. Es bestehen Bedenken bezüglich der Förderung von Bürokratie und vor allem auch eines gewissen Denunziantentums. Die Initianten äusserten, es sei nicht angedacht, einen Kontrollapparat hochzufahren. Nun liegt aber ein klarer Entscheid des Souveräns vor, welchen es umzusetzen gilt. Die FDP möchte diesen Entscheid auch umsetzen, die wichtige Frage ist jedoch wie. Bereits vor zwei Jahren hat die Fraktion betont, sie werde ein Auge darauf haben, inwiefern die Punkte der Initianten tatsächlich einfließen. Es soll keine überschüssende Reglementsänderung zu Stande kommen.

Insgesamt ist die FDP der Meinung, die vorliegenden Ergänzungen in den Paragraphen 5 und 30 entsprechen den Punkten der Initiative. Sie hat auch zur Kenntnis genommen, dass das Initiativkomitee damit einverstanden ist. Die Fraktion geht daher davon aus, dass heute Abend im Rat keine weitergehenden Anträge im Bereich von Einschränkungen oder Reglementierungen kommen. Es bleibt ganz wichtig, dass bei der Änderung des Paragraphen, der Ausnahmen aus Sicherheitsgründen ermöglicht, sehr zurückhaltend mit Einschränkungen umgegangen wird. Dem persönlichen Sicherheitsbefinden der Einwohner und Einwohnerinnen sollen Rechnung getragen und nicht mit einem überspitzten Formalismus Einschränkungen gemacht werden. Das betrifft die Ausführung. Wenn heute keine weitergehenden Regelungen beantragt werden, kann sich die FDP damit einverstanden erklären, das Reglement in einer ersten Lesung gutzuheissen. Der Votant kündigt lediglich an, dass er in der Detailberatung bei der Umsetzungsfrist einen Antrag stellen wird. Die Frist soll von 6 auf 12 Monate ausgedehnt werden. Eine kurze Begründung folgt in der Detailberatung. Ansonsten spricht sich die FDP für eine Direktberatung und einen Entscheid im Rat aus. Sie möchte keinen Umweg über eine Kommission. Fazit: Obschon es in der Fraktion einige Personen geben wird, welche beim Heben einer grünen JA-Karte zu diesem Reglement eine gewisse Adrenalinausschüttung haben werden, wird die FDP die Anträge grossmehrheitlich annehmen, mit einigen Enthaltungen aus besagten Gründen.

Urs Brunner, SVP erläutert, über Sinn und Unsinn von neuen Gesetzen lasse sich streiten. Die IG Freiheit kürt jeweils das unnötigste Gesetz oder den unsinnigsten Entscheid des Jahres mit dem rostigen Paragraphen. Als sehr, sehr fleissige «Gesetzli-Macher» hat die SP Binningen den Preis leider nicht gewonnen, hat es aber auf der Liste der Nominierten auf den fünften Platz geschafft. Die SVP-Fraktion ist selbstverständlich für eine Reduzierung des Stromverbrauchs, aber nicht auf Kosten der Sicherheit der Binninger Bevölkerung oder auf eine bevormundende Art mit vielen Verboten, wie es die Initiative vorsieht. Wer meint, alle Probleme können mit Gesetzen gelöst werden, der irrt. Die SVP ist überzeugt, dass der marktwirtschaftliche Wettbewerb und der gesunde Menschenverstand zu besseren Lösungen führen als eine Unzahl an Gesetzen und Verordnungen. Die Stimmberechtigten von Binningen haben der Vorlage mit 54,7 Prozent zugestimmt. Der Wählerwille ist zu akzeptieren. Der Votant regt an, in Zukunft vielleicht den Satz des französischen Schriftstellers, Philosophen und Staatstheoretikers Montesquieu zu beherzigen: «Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu erlassen.».

Patricia Bräutigam, CVP erinnert daran, der Einwohnerrat habe die Volksinitiative bereits vor zwei Jahren zum ersten Mal beraten. Er hat sie damals zwar für gültig erklärt, die Sache an sich aber abgelehnt. Auch die CVP war damals dagegen, hauptsächlich aus Sicherheitsüberlegungen. Die Sicherheit der Bürger und das Vermeiden von ansteigenden Einbrüchen und Gewaltverbrechen aufgrund von fehlendem Licht sowie ungenügender Ausleuchtung von Gebäuden stuft die Fraktion nach wie vor als wichtig ein. Gemäss Aussage des Gemeinderats kann die Initiative im Sinn des Umweltschutzes umgesetzt werden, ohne dass die Sicherheit tangiert wird. Der Aufwand für notwendige Umstellungen scheint für den Gemeinderat überschaubar zu sein. Paragraph 5 ist für die CVP in der vorliegenden Formulierung aber zu wenig präzise. Es scheint unklar, ob private, sicherheitsrelevante Lichtquellen zwischen 01.00 und 05.00 Uhr ausgeschaltet werden müssen oder ob sie in diesem Fall angeschaltet bleiben dürfen. Das wäre zum Beispiel im Falle der Überbauung im Stammareal oder auch in einem Quartier wie dem Meiriacker der Fall. Die Fraktion hat beim Gemeinderat nachgefragt, ob die Ausnahme bei sicherheitsrelevanter Beleuchtung auch auf privaten Grundstücken gilt. Gemäss Auskunft ist dies tatsächlich so. An dieser Stelle

bedankt sich die Votantin für die Antwort. Weil die Aussage im Polizeireglement sehr vage ist, stellt die CVP folgenden Änderungsantrag für § 5 Abs. 3: «[...] Davon ausgenommen sind die Strassenbeleuchtungen, die Weihnachtsbeleuchtungen sowie strassenbeleuchtungsähnliche, sicherheitsrelevante Aussenbeleuchtungen von privaten Grundstücken und privaten Liegenschaften.» Zudem möchte die Fraktion den Antrag stellen, dass die Weihnachtsbeleuchtung nur bis zum 8. Januar, kurz nach dem Dreikönigstag, an bleibt. § 5 Abs. 2 wäre daher folgendermassen abzuändern: «[...] Davon ausgenommen sind Weihnachtsbeleuchtungen vom 20. November bis 8. Januar.» Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob sich diese Ausnahme nur auf die öffentliche Weihnachtsbeleuchtung bezieht oder auch auf private. Die CVP hofft, die Initiative könne so mit einer stärkeren Berücksichtigung der Sicherheit umgesetzt werden.

Gaida Löhr, SP freut sich natürlich, dass nun auch die FDP mit der Initiative der SP einverstanden ist. Gleichzeitig findet sie es frustrierend, dass eine Initiative, die die Binninger Bevölkerung relativ deutlich angenommen hat, für die SVP immer noch beim rostigen Paragraphen landet. Es ist inzwischen nicht mehr alleine das Kind der SP, sondern auch ein Binninger Kind. Daher scheint ihr die Aussage ein wenig respektlos. Zu den von Sven Inäbnit angeschnittenen Punkten möchte die Rednerin kurz Stellung nehmen. Denunziantentum: Die Votantin kann sich nicht vorstellen, dass die ganze Binninger Bevölkerung nachts permanent durch die Strassen rennt auf der Suche nach einem brennenden Licht. Es geht vielmehr darum, dass die, die sich gestört fühlen, ev. einmal einen Hinweis machen können. Das ist zumindest der Sinn des Ganzen. Die Votantin hat diesbezüglich Vertrauen. Der zweite Punkt ist die Sicherheit. Die Rednerin findet den Vorschlag der CVP gut. Die erste zwingende Bestimmung des Initiativtextes war: «Die Sicherheit der Bevölkerung und des Verkehrs ist gewährleistet.» Das war der absolut wichtigste Punkt. Dass dieser nicht im Polizeireglement enthalten ist, hat wahrscheinlich damit zu tun, dass er dort nicht drin stehen muss. Die Votantin findet es aber wichtig, dass dies ganz deutlich gesagt ist.

Die FDP meinte, sie habe kontrolliert, dass der Initiativtext wirklich telquel übernommen worden ist. Es gibt noch einen zweiten Punkt, der nicht so übernommen wurde, wie er im Initiativtext stand. In der zwingenden Bestimmung B3 steht: «[...] zwischen 01:00 – 06:00 Uhr ist es verboten [...]». Der Gemeinderat hat in seinem Bericht aufgelistet, wie es in anderen Gemeinden gehandhabt wird. Die Votantin zitiert aus dem Bericht: «MuttENZ 00:30 bis 05:30 Uhr, Allschwil 24:00 bis 06:00 Uhr, Reinach 23:00 bis 06:00 Uhr, Pratteln 00:30 bis 05:30 Uhr». Nur Aesch hat eine ähnlich kurze Nacht, wie sie in Binningen vorgesehen ist, von 01:00 - 05:00 Uhr. Die SP findet, sie sei es der Bevölkerung schuldig, sich dafür einzusetzen, dass der Text, der unterschrieben und über den abgestimmt wurde, auch hier stehen bleibe. Sie beantragt daher, dass die Zeit von 01.00 bis 06.00 Uhr in den Text kommt.

Karin Glaser, Grüne teilt mit, dass sich die Grünen über das Abstimmungsergebnis gefreut haben. Da bereits vieles gesagt wurde, möchte sich die Votantin kurz halten. Die Fraktion ist überrascht, wie viele andere Gemeinden die Einschränkungen zu den Lichtemissionen bereits in ihrem Polizeireglement haben. Die Rednerin fragt sich, ob es so unglaublich gefährlich sei, in Reinach oder Aesch zu wohnen. Sie vermutet, den Personen gehe es relativ gut. Es zeigt auch, dass Binningen mit dem Anliegen in der nahen Region überhaupt nicht alleine da steht. Die Grünen werden beiden Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

Marc Schinzel, FDP ist erstaunt über die Position von Gaida Löhr. Sie beantragt eine Erweiterung des Verbots. Er möchte den Entscheid der Stimmbürger und Stimmbürgerinnen respektieren, so wie es der Gemeinderat in seiner Vorlage gemacht hat. Der Redner ist dagegen, nun weiterzugehen. Das ist seines Erachtens ein schlechter Stil. Die FDP lehnt den Antrag der SP ab und möchte das Reglement so verabschieden, wie es vom Gemeinderat vorgesehen wurde.

Roman Oberli, SVP erklärt, die Initiative sei aus seiner Sicht nicht nötig gewesen, da sie die persönliche Freiheit einschränke. Aber das Stimmvolk wollte es so. Im Gegensatz zu den meisten anderen Parteien, die auf Bundesebene regelmässig den Volkswillen missachten, respektiert er den Volkswillen als höchstes Gut und wird der Umsetzung daher zustimmen. Zudem stimmt er den Anträgen der CVP und SP zu,

da im Initiativtext explizit von einer Zeitdauer von 01:00 bis 06:00 Uhr die Rede war. Die Initiative wurde so angenommen, daher gilt es dies zu respektieren. Er freut sich, damit einen Beitrag zum Erhalt der Binninger Meerschilkröten leisten zu können.

Philippe Spitz, SP weist darauf hin, seine Fraktion, aus welcher die Initiative komme, habe versucht, den Ball flach zu halten. Leider wurde das nicht durchgezogen. Er möchte dazu einige Stichworte nennen. Die persönliche Freiheit sei eingeschränkt. Er lädt Roman Oberli ein, eine Verfassungsbeschwerde einzureichen. Er hätte sicher Erfolg. Wenn der Sicherheitsaspekt gefährdet ist, weil er alleinig durch die Schaufensterbeleuchtungen wahrgenommen wird, wäre das ein Armutszeugnis. Es kann nicht sein, dass es in Binningen nur sicher ist, wenn die Schaufenster beleuchtet sind. Im Übrigen geht der rostige Paragraph in diesem Fall nicht an die SP. Man kann ihn ja dem Stimmbürger verteilen. Zur Aussage von Marc Schinzel: Die Fraktion hat dies deklariert. Es ist nicht so, dass die SP nicht konzessionsbereit wäre. Aber sie ist es dem Stimmbürger schuldig, den Text, welcher zur Abstimmung stand, hier weiter zu vertreten. Der Rat kann darüber abstimmen. Aber der Partei dafür zu kritisieren, scheint ihm fehl am Platz.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP ist, wenn sie die Streitgespräche hört, der Ansicht, der Gemeinderat habe einen moderaten Weg gefunden, die Initiative umzusetzen. Bezüglich der Zeit hat man sich an das gehalten, das vor der Abstimmung mit dem Initiativkomitee ausgehandelt wurde. Das ist auch der Grund, weshalb sie das Geschäft vertritt. Gemeinderätin Caroline Rietschi war im Initiativkomitee. Was sicherheitsrelevant ist, ist eine sehr subjektive Frage. Die Votantin dankt der CVP für die Frage. Es scheint ihr ein wichtiger Punkt, der die Bevölkerung beschäftigt. Trotzdem ist sie der Auffassung, dass in den Formulierungen, die von der CVP angesprochenen Punkte enthalten sind. Mit sicherheitsrelevanten Aussenbeleuchtungen ist alles gemeint, auch die privaten. Die offiziellen Strassenbeleuchtungen sind ganz klar in Abs. 2 genannt. Das Stammareal ist eine Siedlung, die über sicherheitsrelevante Aussenbeleuchtungen verfügt. Wichtig ist, dass diese gegen oben abgeschirmt sind. Das macht im Gegensatz zu Beleuchtungen, die gegen oben oder in alle Richtungen strahlen, einen sehr grossen Unterschied. Bei den Weihnachtsbeleuchtungen sind selbstverständlich auch private gemeint. Es betrifft nicht nur die offizielle Weihnachtsbeleuchtung. Wie man in der Vorlage sieht, ist Binningen nicht die erste Gemeinde mit einer derartigen Regelung. Der Gemeinderat hat versucht, sich an den anderen Gemeinden zu orientieren und eher einen Weg gewählt, der mehr Freiheit gibt und grosszügiger ist.

DETAILBERATUNG

§ 5 Lichtimmissionen, Abs. 1

Keine Wortmeldungen.

§ 5 Lichtimmissionen, Abs. 2

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP liegt zu § 5 Abs. 2 ein Änderungsantrag der CVP vor: «[...] Davon ausgenommen sind Weihnachtsbeleuchtungen vom 20. November bis 8. Januar.»

Sven Inäbnit, FDP erklärt, die FDP lehne jegliche einschränkende Veränderung des Reglements heute Abend unisono ab. Das möchte er nochmals in aller Deutlichkeit sagen. Er ist sehr erstaunt, auf Seite 8 der Vorlage zu lesen, das Initiativkomitee sei mit dem Umsetzungsvorschlag einverstanden. Nun hört er vom gleichen Initiativkomitee wieder Änderungsanträge. Der Redner betont nochmals, die FDP habe das Reglement geprüft. Sie lehnt jegliche Einschränkung ab.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP möchte richtig stellen, das Initiativkomitee habe heute Abend keine Änderungsanträge gestellt. Sie ist mittlerweile scheinbar die einzige Verbliebene des Komitees hier im Rat und hat heute Abend ausdrücklich nichts beantragt. Sie hat keine einschränkenden Änderungswünsche.

Philippe Spitz, SP ist unsicher, ob Sven Inäbni nicht bereits von Absatz 3 gesprochen hat. Es hat sich auf jeden Fall so angehört. Man kann durchaus die Meinung vertreten, die Weihnachtsbeleuchtung solle bereits am 8. Januar abgebaut werden. Diesbezüglich kann man der einen oder der anderen Meinung sein. Jeder soll sich da seine Meinung bilden.

Marc Schinzel, FDP erinnert daran, dass es auch noch die orthodoxe Weihnacht gebe. Diese ist am 8. Januar noch nicht beendet.

Simone Abt, SP führt aus, die Idee sei nicht, dass die Polizei am 9. Januar durch die Strassen gehe, um zu schauen, ob irgendwo noch ein Hirsch herumgaloppiere oder eine Nikolaus über eine Mauer steige. Wenn es den Nachbarn wirklich stört, dann soll er sich vertrauensvoll an die Gemeinde wenden. Sie denkt nicht, dass sie sich über einen Nikolaus ihrer Nachbarn so schlimm stossen würde, als dass sie vor dem 20. Januar etwas sagen würde. Aber das kann man für einmal der privaten Initiative überlassen. Eigentlich räumt man die Weihnachtsbeleuchtung ja am 8. Januar ab.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt der Präsident den Änderungsantrag der CVP zur Abstimmung.

Antrag CVP: mehrheitlich NEIN

://: Der Änderungsantrag der CVP wird abgelehnt.

§ 5 Lichtimmissionen, Abs. 3

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP liegt zu § 5 Abs. 3 ein Änderungsantrag der CVP vor: «[...] Davon ausgenommen sind die Strassenbeleuchtungen, die Weihnachtsbeleuchtungen sowie strassenbeleuchtungsähnliche, sicherheitsrelevante Aussenbeleuchtungen von privaten Grundstücken und privaten Liegenschaften.»

Rahel Bänziger, Grüne befürchtet, wenn man die privaten Liegenschaften explizit erwähne, komme irgendein juristisch Spitzfindiger und sage, dann gelte es für alle anderen Liegenschaften nicht. Sie möchte beliebt machen, die Passage so zu belassen wie sie vom Gemeinderat vorgeschlagen wurde und keine Beschränkung auf private Liegenschaften vorzunehmen. Er heisst einfach Gebäude. Damit sind alle gemeint. Sicherheitsrelevante Aussenbeleuchtungen sind bereits von der Regelung ausgenommen. Sie versteht den Antrag der CVP daher nicht.

Sven Inäbni, FDP teilt die Haltung von Rahel Bänziger. Die FDP möchte ebenfalls am vorliegenden Wortlaut festhalten. Bei den sicherheitsrelevanten Aussenbeleuchtungen gibt es keine Einschränkung. Es ist daher keine Beschränkung auf private, halböffentliche oder strassenähnliche Beleuchtungen notwendig. Der Aspekt ist die Sicherheit. Es muss mit Augenmass beurteilt werden, ob eine Beleuchtung sicherheitsrelevant ist oder nicht. Die Fraktion spricht sich für das Beibehalten der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Formulierung aus.

Philippe Spitz, SP äussert, es gebe zwei Aspekte resp. Anträge. Das eine ist die Frage der Zeit: 01:00 bis 05:00 Uhr oder 01:00 bis 06:00 Uhr. Bei diesem Punkt ist die Position der SP ziemlich klar. Sie stellt den Antrag, den Zeitraum von 01:00 bis 06:00 Uhr im Reglement festzuschreiben, wie es in der Abstimmungsvorlage gemacht wurde. Das heisst aber nicht, dass sich die Fraktion vor einem Kompromiss verschliesst. Dies einfach nochmals zur Klärung. Als Jurist kann man die Beibehaltung der allgemeinen Begriffe, wie es Sven Inäbni und Rahel Bänziger vorgeschlagen haben, unterstützen. Später steht im Protokoll, dass es den öffentlichen und privaten Grund gleichermassen betrifft. Damit gibt es aus juristischer Sicht keine Auslegungsfragen.

Der Präsident lässt das Parlament über den Änderungsantrag der CVP abstimmen.

Antrag CVP: grossmehrheitlich NEIN

://: Der Änderungsantrag der CVP wird abgelehnt.

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP kommt zum Antrag der SP: «Zwischen 01:00 Uhr und 06:00 Uhr ist es verboten, [...]»

Rahel Bänziger, Grüne verweist auf Seite 8 der Vorlage. Dort steht: «Das Initiativkomitee ist mit dem Umsetzungsvorschlag einverstanden.». Für sie ist dieser Satz so zu verstehen, dass das Initiativkomitee dem Zeitraum vom 01:00 bis 05:00 Uhr zugestimmt hat. Sie fragt sich, ob der Antrag der SP dem widerspricht und bittet um Klärung.

Roman Oberli, SVP versteht nicht, weshalb sich gewisse Exponenten hier schwertun. Entscheidend sind nicht die Meinung des Initiativkomitees sondern die Inhalte, über die das Volk abgestimmt hat. In der Abstimmungsvorlage steht bei den zwingenden Bedingungen ein Zeitraum von 01:00 bis 06:00 Uhr. Das ist unmissverständlich.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP kann die Frage klären. Der Zeitraum 01:00 bis 05:00 Uhr kommt aus den Gesprächen und Vorberatungen mit dem Initiativkomitee vor der ersten Beratung im Einwohnerrat. Im Wissen um die möglichen Auswirkungen hat der Gemeinderat damals mit dem Initiativkomitee nach einer Lösung gesucht, die im Einwohnerrat eine Chance hat, um so eine Volksabstimmung zu vermeiden. Der Einwohnerrat lehnte den Vorschlag ab, daher kam der Initiativtext zur Abstimmung. Die SP hat einerseits Recht, wenn sie nochmals mit diesem Anliegen kommt. Andererseits hat sich der Gemeinderat in der Vorlage an dem angelehnt, was damals mit dem Initiativkomitee ausgehandelt wurde. Das war aber vor der Abstimmung.

Präsident Pascal Treuthardt, FDP hat den Eindruck, die Tatsache, dass dieser Zeitraum in der ersten Vorlage enthalten war, sei nicht unbedingt eine Begründung. Er fragt die zuständige Gemeinderätin, ob sie erklären könnte, wie der Gemeinderat auf den ursprünglichen Kompromiss kam.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP teilt mit, sie habe das nicht nochmals so detailliert recherchiert. Sie mag sich aber erinnern, dass es mit dem ÖV zu tun hatte. Die öffentlichen Verkehrsmittel verkehren bereits vor 06:00 Uhr.

Marc Schinzel, FDP fände es im Sinne eines nach vorne gerichteten Vorgehens gut, wenn man die Brücke miteinander schlagen würde. Auf das Thema der Ausgewogenheit und der Objektivität der Abstimmungsbroschüren kommt der Rat später noch. Er möchte es nicht polemisieren. Es wäre ein gutes Zeichen, wenn man den Kompromiss eingehen und die Inhalte so umsetzen würde, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen. Das wäre ein konstruktives Zeichen.

Rahel Bänziger, Grüne versteht nicht, weshalb der Gemeinderat mit einer Vorlage kommt, in welcher der Volkswille nicht respektiert wurde. Sie kann den Antrag der SP nun nachvollziehen und wird ihn unterstützen. Es wurde über den Zeitraum von 01:00 bis 06:00 Uhr abgestimmt. Sie hätte ein schlechtes Gewissen, diesen Zeitraum eigenmächtig einzuschränken. Das Volk hat zum Initiativtext ja gesagt.

Philippe Spitz, SP findet, die SP habe vorher ziemlich klar gesagt, dass sie das Fähnlein der Volksvorlage hochhebe und den Stimmbürger in dem schütze, was er abgestimmt hat. An die Adresse von Marc Schinzel ergänzt er, dass dies nicht heisse, dass Kompromisse nicht möglich wären. Aber wenn die Fraktion den Druck im Rat bereits wegnimmt, dann schlittert alles davon. Dies einfach zur Klärung. Das Initiativkomitee interessiert an diesem Punkt gar nicht mehr. Er war auch nicht Teil davon.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP wiederholt, es stimme, das Volk habe darüber abgestimmt. Es handelt sich aber um eine nicht-formulierte Initiative. Es ist daher durchaus möglich, davon abzuweichen. Deshalb hat der Gemeinderat dem Einwohnerrat schlussendlich den Kompromiss vorgelegt, welcher bereits im Vorfeld mit dem Initiativkomitee ausgehandelt wurde unter Berücksichtigung der Punkte, die es zu berücksichtigen gab, um die Sicherheit nicht einzuschränken.

Gaida Löhr, SP fügt an, es handle sich um eine nicht-formulierte Initiative. Das heisst, sie beinhaltet keine Gesetzestexte. Es gibt aber zwingende Bestimmungen, welche genau so zu verstehen sind, wie sie formuliert wurden. Damit wurde eine Art Mischform gewählt. Sie war zwar auch nicht Teil des Initiativkomitees, bei zwingenden Bestimmungen erwartet man jedoch, dass sie telquel umgesetzt werden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, wird über den Änderungsantrag der SP abgestimmt.

Antrag SP: 16 JA, 15 NEIN, 6 Enthaltungen

://: § 5 Lichtimmissionen, Abs. 3 lautet neu:

Zwischen 01:00 Uhr und 06:00 Uhr ist es verboten, Gebäude von aussen und Schaufenster zu beleuchten oder äussere Beleuchtungsvorrichtungen brennen zu lassen. [..]

§ 5 Lichtimmissionen, Abs. 4

Keine Wortmeldungen.

§ 5 Lichtimmissionen, Abs. 5

Keine Wortmeldungen.

§ 30 Übergangsbestimmungen

Sven Inäbnit, FDP stellt namens der FDP den Antrag, die Übergangsfrist von 6 auf 12 Monate zu erweitern. Er betont, es sei nicht die Idee, das Reglement zu verzögern. Bei grösseren Anlagen mit Zeitschaltuhren, die man nicht einfach in eine Steckdose stecken kann, sondern bei denen Anpassungen nötig sind, sind 6 Monate aus technischen Gründen etwas kurz. Bis die betroffenen Personen dies realisieren und den Elektriker beauftragen etc. verstreicht erfahrungsgemäss etwas Zeit. Die FDP befürwortet daher aus praktischen Gründen eine Umsetzung innert Jahresfrist. Damit ist nichts verloren. Der Votant hebt nochmals hervor, der Grund für diesen Antrag liege sicher nicht darin, das Reglement verzögern zu wollen. Es handelt sich um praktische Überlegungen.

Gaida Löhr, SP teilt mit, die SP stimme dem Antrag zähneknirschend zu.

Der Präsident lässt über den Änderungsantrag der FDP abstimmen.

Antrag FDP: 30 JA, 7 NEIN

://: § 30 Übergangsbestimmungen lautet neu:

[..] Vor Inkrafttreten bereits installierte Lichtquellen und Aussenbeleuchtungen müssen den Vorschriften von § 5 innert 12 Monaten nach Inkrafttreten entsprechen. [..]

ABSTIMMUNG

Der Präsident kommt zur Schlussabstimmung.

Sven Inäbnit, FDP möchte an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, dass die FDP ihr Eingangsvotum ernst gemeint habe. Es war ihr ein Anliegen, dass das Reglement in der Beratung nicht verschärft wird. Nun gab es in § 5 Abs. 3 eine Verschärfung der Nachtruhe bis 6 Uhr. Die Fraktion hat das Reglement geprüft und es war ihr sehr wichtig, dass es so bleibt. Aus diesen Gründen muss der Redner ankündigen, dass es bei der Abstimmung anstelle von Ja-Stimmen und Enthaltungen nun Enthaltungen und Nein-Stimmen geben werde. Möglicherweise gibt es vereinzelte Ja-Stimmen, aber grossmehrheitlich besteht Skepsis. Die Partei hat das angekündigt. Er findet es schade, dass man den Kompromiss nicht realisieren konnte. Der Votant möchte aber auch zuhänden der Presse ganz klar festhalten: Die FDP hat Hand geboten zur Umsetzung der Initiative. Wenn nun Teile der Fraktion Nein stimmen, hat dies nichts damit zu tun, dass man den Volkswillen nicht akzeptieren will.

Antrag 1: 21 JA, 8 NEIN, 8 Enthaltungen

Antrag 2: Einstimmig JA

BESCHLUSS

- ://:** 1. Der Einwohnerrat beschliesst, § 5 und § 30 Polizeireglement der Gemeinde Binningen, im Sinne der Umsetzung der nichtformulierten Volksinitiative «Vermeiden von unnötigen Lichtemissionen», zu ändern.
- ://:** 2. Die nichtformulierte Volksinitiative «Vermeiden von unnötigen Lichtemissionen» wird als erledigt abgeschrieben.
-

Traktandum 4

Nr. 69

Anpassung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Manuel Mohler, FDP dankt dem Gemeinderat für das vorliegende Geschäft. Obwohl eine Änderung oder Ergänzung der Geschäftsordnung gemäss § 54 der Geschäftsordnung vom Einwohnerrat beantragt werden und eine spezielle Ratskommission oder das Büro in der Folge eine Vorlage erarbeiten müsste, möchte die Fraktion den Gemeinderat nicht tadeln, sondern dankt für das pragmatische Vorgehen. Die FDP erachtet es als sachgerecht, dass das Büro im Fall eines Behördenreferendums sicherstellt, dass die referendumsbefürwortenden Erläuterungen für die Urnenabstimmung gesetzeskonform dargestellt werden. Auch gegen die übrigen Änderungen hat die Partei keine Vorbehalte. Die FDP-Fraktion wird den Anträgen folglich zustimmen.

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP weist die Anwesenden auf das Tischpapier zu diesem Geschäft hin. In § 48 Abs. 1 lit. d und lit. f gab es Änderungen, die im Dokument rot markiert wurden.

Susanna Keller, SVP teilt mit, die SVP habe den Entwurf zur Anpassung der Geschäftsordnung überprüft. Die Fraktion heisst die Änderungen gut und wird beiden Anträgen zustimmen.

Susanne Tribolet, SP erläutert, der Auslöser für das Geschäft sei die Teilrevision des Gemeindegesetzes, welche der Landrat im Juni 2017 beschlossen habe. Es geht um das Behördenreferendum, das klarer

geregelt werden soll. Das Gemeindegesetz sagt neu, dass die Geschäftsordnung des Einwohnerrats festlegen soll, wer den Standpunkt der Einwohnerratsmitglieder darstellt, die für eine Urnenabstimmung waren. Gemäss neuem § 47a soll dies das Büro sicherstellen. Die SP ist damit einverstanden. Die Votantin wird in der Detailberatung allerdings den Antrag stellen, in Abs. 2 eine leichte Umformulierung vorzunehmen. Die Fraktion möchte, dass das Büro die korrekte Darstellung beider Standpunkte sicherstellt.

Der Gemeinderat hat die Teilrevision zum Anlass genommen, vorausschauend weitere Anpassung der Geschäftsordnung vorzunehmen. So wurde der Beschluss des Einwohnerrats zur Anschaffung einer elektronischen Abstimmungsanlage bereits aufgenommen. Diese Anpassung betrifft ebenfalls § 47. Für die SP ist es unerlässlich, dass bei Abstimmungen transparent ist, wer was stimmt. Alle im Saal Anwesenden – seien es die Ratsmitglieder, das Publikum oder die Presse – sollen während dem Abstimmen sehen können, wer was stimmt. Gerade bei komplexeren Geschäften, in welchen es auch darum geht, wie man weiter vorgehen möchte, um allenfalls Kompromisse zu schliessen, ist das wichtig. Die Fraktion beantragt daher die Ergänzung eines Satzes in § 47. Die Votantin bedankt sich beim Gemeinderat und bei der Verwaltung für die angepasste Synopse. Nun sind auch die Anzahl gewählter Schulräte korrekt abgebildet. Die SP wird allen Anträgen zustimmen.

Andrea Alt, CVP führt aus, auch die CVP habe von den Änderungen der Geschäftsordnung des Einwohnerrats Kenntnis genommen. Die Fraktion findet es etwas befremdlich, dass die Änderungen rückwirkend beschlossen werden müssen. Es scheint kein derart grosses Geschäft zu sein, als dass man es nicht bereits im letzten Halbjahr hätte beschliessen können. Die CVP unterstützt den Antrag der SP. Sie spricht sich ebenfalls dafür aus, dass beide Standpunkte in den Abstimmungsinformationen gemäss den rechtlichen Vorgaben dargestellt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Erläuterungen ausgewogen sind. Mehr dazu wird die Fraktion beim nächsten Traktandum äussern.

Rahel Bänziger, Grüne signalisiert, die Grünen werden dem Reglement zustimmen. Es macht Sinn, dass die Punkte aus der Teilrevision des Gemeindegesetzes aufgenommen und entsprechende Anpassungen vorgenommen werden. Die Fraktion stimmt dem Votum resp. dem Antrag der SP, dass das Abstimmungsverhalten transparent und sichtbar sein muss, zu. Zum zweiten Antrag erklärt die Rednerin, ein Behördenreferendum werde gegen einen Beschluss des Gemeinderats oder des Einwohnerrats ergriffen. Das heisst, das Pro-Komitee ist der Gemeinderat oder der Einwohnerrat, welcher seine Argumente bereits hat. Man muss daher vor allem sicherstellen, dass das Gegenkomitee seine Standpunkte darlegen kann. Aus ihrer Sicht ist eine Erweiterung der Formulierung auf beide Standpunkte nicht nötig. Das Behördenreferendum kann nur gegen einen Entscheid ergriffen werden, dem der Einwohnerrat zugestimmt hat. Wenn der Einwohnerrat die Sache ablehnt, gibt es kein Behördenreferendum. Dann gibt es nur die Initiative und die muss anders aufgegleist werden. Aus ihrer Sicht ist der Antrag nicht nötig. Wenn der Rat dies aber anders sieht, kann sich die Fraktion dem fügen.

Gemeinderat Mike Keller, FDP bedankt sich für die positive Aufnahme des Geschäfts und die Voten. Zum Hinweis der CVP möchte er zurückmelden, dass die Gemeinde das Schreiben des Kantons Ende November erhalten hat. Auf die Dezembersitzung reichte es nicht, aber auf die heutige Sitzung wurde das Geschäft traktandiert.

DETAILBERATUNG

§ 47 Stimmabgabe, Abs. 1

Die SP beantragt, nach dem ersten Satz folgenden zusätzlichen Satz einzufügen: «[...] Mit beiden Methoden ist bei jeder Abstimmung klar erkennbar, wer wie abstimmt. [...]».

Roman Oberli, SVP möchte wissen, ob in Zukunft bei Abstimmungen per Hand notiert werde, wer wie abgestimmt habe. Sonst wäre es nicht klar erkennbar.

Susanne Tribolet, SP erklärt, mit erkennbar sei gemeint, dass die Anwesenden das Abstimmungsverhalten der einzelnen Ratsmitglieder sehen. Das reicht ihr. Sie findet den Aspekt wichtig und möchte daher auch bei einer elektronischen Abstimmungsanlage, dass alle Anwesenden zeitnah nach Abgabe der Stimme sehen, wer wie abgestimmt hat. Dies soll vor der nächsten Abstimmung bekannt sein und nicht erst ein halber Tag später oder am nächsten Tag.

Philippe Spitz, SP fügt an, es gehe darum, dass jeder im Saal unmittelbar nach der Abstimmung wisse, wer wie abgestimmt hat. Das kann durch Handerheben sein, wenn die elektronische Abstimmungsanlage dies nicht gewährleistet. Der Gemeindepräsident hat auf die klare Frage des Votanten am 4. Dezember eher ausweichen geantwortet und quasi darüber philosophiert, dass man nicht im Landrat sei. Es blieb letztlich unklar, ob es im Saal einen Bildschirm geben wird, auf welchem zu sehen ist, wer 2 Sekunden davor wie auf den Knopf gedrückt hat. Weil es unklar ist, hat die SP den Vorstoss gemacht.

Simone Abt, SP findet, man müsse zwischen zwei Punkten unterscheiden. Das eine ist, dass jeder und jede um Saal im Moment des Entscheids sieht, wer wie abgestimmt hat. Dabei geht es um die Transparenz im Saal, wie man sie bereits bisher mit dem Handerheben hat – ob man nun richtig zählt oder nicht. Das andere ist die Archivierung von Ergebnissen. Das entspricht der sogenannten namentlichen Abstimmung, die es – soweit sie informiert ist – im Einwohnerrat in Binningen noch nie gab. Im Landrat gab es die namentliche Abstimmung vor der Zeit der Abstimmungsanlage. Die Namen wurden auf einer Liste runtergelesen und man musste Ja, Nein oder Enthaltung rufen. Das wurde anschliessend protokolliert. Heute wird das Ergebnis im Landrat archiviert. Aber hier geht es jetzt nicht darum.

Marc Schinzel, FDP möchte die Diskussion nicht unnötig verlängern. Er ist überhaupt nicht gegen den Wunsch nach Transparenz. Für den Redner ist das eine Selbstverständlichkeit. Muss noch eine Schulung durchgeführt werden, damit jeder die Hand so hebt, dass man es sehen kann? Für ihn ist das selbstverständlich und dumm, wenn es bisher nicht schon der Fall war.

Rahel Bänziger, Grüne hat das Gefühl, sie verstehe das Anliegen der SP langsam. Es geht auch um die Eigenkontrolle. Wenn man drückt, möchte man irgendwo sehen, ob es auch leuchtet. Es gab im Landrat durchaus schon mehrere lustige Situationen, in welchen Personen entweder sagten, sie hätten gedrückt, aber es habe nicht oder falsch angegeben, oder sie hätten falsch gedrückt. Diese Transparenz ist nötig, damit jeder selbst kontrollieren kann, ob seine Stimme richtig erfasst wurde. Das müsste entweder durch einen Screen oder sonst wie sichergestellt werden, sodass alle sehen können, wer wie abgestimmt hat. Wenn das nicht sichergestellt ist, müsste man wieder von Hand abstimmen.

Gaida Löhr, SP schliesst sich der Meinung von Marc Schinzel grundsätzlich an. In der letzten Einwohnerratssitzung war die Antwort auf die Nachfrage der SP aber nicht so klar. Man sagte dort, der Einwohnerrat sei nicht der Landrat, man würde eher eine kostengünstige Version sehen und es sei nicht ganz klar. Nun möchte die Fraktion, dass im Reglement sehr klar steht, dass die Anlage anzeigt, wer wie stimmt.

Manuel Mohler, FDP hatte den Eindruck, der Wunsch der SP sei aufgrund der Formulierung des Antrags nicht ganz klar gewesen. Er möchte eine Anpassung des Wordings beliebt machen und schlägt vor, den zusätzlichen Satz in § 47 Abs. 1 wie folgt zu formulieren: «Das Abstimmungsverhalten jedes anwesenden Mitglieds des Einwohnerrates ist unmittelbar nach der Abstimmung erkennbar.»

Gemeinderat Mike Keller, FDP meint, vielleicht habe er sich im Dezember zu wenig präzise ausgedrückt. Die Forderung resp. der Wunsch ist angekommen. Der Gemeinderat wird dies umsetzen. Zur Sicherstellung kann man es auch ins Reglement nehmen.

Der Präsident lässt über den umformulierten Antrag der SP abstimmen. Nach dem ersten Satz in § 47 Abs. 1 soll folgender zusätzlicher Satz eingefügt werden: «Das Abstimmungsverhalten jedes anwesenden Mitglieds des Einwohnerrates ist unmittelbar nach der Abstimmung erkennbar.»

Antrag SP: einstimmig JA

://: § 47 Stimmabgabe, Abs. 1 lautet neu:

[..] durch Handerheben. Das Abstimmungsverhalten jedes anwesenden Mitglieds des Einwohnerrates ist unmittelbar nach der Abstimmung erkennbar. [..]»

§ 47a Behördenreferendum

Dem Präsidenten liegt zu § 47a Abs. 2 ein Änderungsantrag der SP vor: «Im Falle des Behördenreferendums stellt das Büro sicher, dass beide Standpunkte in der Abstimmungsinformation gemäss den rechtlichen Vorgaben dargestellt werden.»

Antrag SP: 26 JA, 6 NEIN, 5 Enthaltungen

://: § 47a Behördenreferendum, Abs. 2 lautet neu:

Im Falle des Behördenreferendums stellt das Büro sicher, dass beide Standpunkte in der Abstimmungsinformation gemäss den rechtlichen Vorgaben dargestellt werden.

§ 11 Abs. 2

Keine Wortmeldungen.

§ 34 Abs. 3

Keine Wortmeldungen.

§ 48 Abs. 1 lit. a und lit. b

Keine Wortmeldungen.

§ 48 Abs. 2

Keine Wortmeldungen.

§ 48 Abs. 1 lit. d und lit. f

Gaida Löhr, SP hat eine Frage zu § 48 Abs. 1 lit. f. Dort steht: «Der Einwohnerrat wählt die der Gemeinde Binningen zustehende Anzahl Mitglieder des Musikschulrats.». Ist das variabel? Sie dachte, Binningen habe immer drei Vertreter im Musikschulrat.

Gemeinderat Mike Keller, FDP teilt mit, es sei korrekt, dass Binningen in den vergangenen Jahren drei Personen gestellt habe. Davon ist eine Person ein Gemeinderat von Amtes wegen. Der Schlüssel der insgesamt fünf Musikschulratsmitglieder ist in einem Vertrag zwischen den Gemeinden Binningen und Bottmingen festgelegt. Für den Fall, dass es in der Vereinbarung – aus welchen Gründen auch immer – Veränderungen des Schlüssels geben sollte, wurde die Anzahl Mitglieder im Reglement nicht in absoluten Zahlen festgehalten. Dadurch wären in diesem Fall keine aufwendigen Anpassungen nötig.

§ 49 Abs. 3

Keine Wortmeldungen.

ABSTIMMUNG

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommt der Präsident zur Schlussabstimmung.

Antrag 1: einstimmig JA
Antrag 2: 36 JA, 1 Enthaltung

BESCHLUSS

- ://: 1. Die Anpassung der Geschäftsordnung des Einwohnerrates wird beschlossen.
- ://: 2. Der Einwohnerrat beschliesst die Inkraftsetzung der teilrevidierten Geschäftsordnung des Einwohnerrates rückwirkend per 1. Januar 2018.
-

Traktandum 5

Nr. 13

Postulat M. Schinzel, FDP: Schluss mit unausgewogenen Abstimmungserläuterungen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Marc Schinzel, FDP schickt voraus, bei seinem Postulat gehe es nicht um den Inhalt sondern nur um den Rahmen. Das ist wichtig. Es ist daher auch gut, dass das Traktandum nach dem Beschluss über die Lichtinitiative beraten wird. Wichtig ist, dass es beim Postulat nicht nur um kommunales und auch nicht ausschliesslich um kantonales Recht nach dem Gesetz der politischen Rechte oder der Verordnung der politischen Rechte geht. Es geht namentlich und wesentlich auch um Bundesrecht mit Grundrechtsqualität. Von Bundesrechtswegen gilt das Gebot der objektiven und ausgewogenen Information der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Es gilt das Recht, und das ist ein Grundrecht, auf einen freien und unverfälschten Prozess der Meinungsbildung der Stimmenden.

Der Gemeinderat sagt in seiner Antwort erfreulicherweise, dass er der Ausgewogenheit zwischen Einwohnerrat und Gemeinderat in dieser speziellen Konstellation etwas mehr Rechnung tragen möchte. Leider ist es damit nicht getan, wenn man davor äussert, das Büchlein sei ausgewogen. Der Redner bietet die Anwesenden das Abstimmungsbüchlein zur Lichtinitiative zur Hand zu nehmen. Auf der letzten Seite steht unter Empfehlung an die Stimmberechtigten fett gedruckt: «JA zur Volksinitiative ‚Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen‘». Das ist die Position des Gemeinderats. Darunter steht klein, der Einwohnerrat hat es übrigens abgelehnt. Dies einfach plakativ zum Thema Ausgewogenheit. Der Votant geht vom Verständnis davon aus, dass der Einwohnerrat das höherrangige Gremium ist als der Gemeinderat und dass dies, gerade am Schluss nochmals zum Ausdruck kommen sollte. Dem Initiativkomitee stehen vier geschlagene Seiten zur Verfügung, obwohl der Gemeinderat davor auf fünf Seiten die ganzen Argumente der Initiative detailliert aufführt und die Gegenargumente eigentlich alle entkräftet. Der Einwohnerrat, der die Initiative abgelehnt hat, kommt erst auf Seite 16 zu Wort und zwar mit einer ¾-Seite Kontra-Argumenten. Das ist dann aber noch nicht genug. Man hatte das Gefühl, man müsse die Pro-Argumente des Einwohnerrats auf Seite 17 nochmals erwähnen, wieder so lang, wie man sie vorher eigentlich schon dreimal gehört hat. Für den Redner ist das Wichtigste in Kürze nun ganz entscheidend. Es heisst ja, man möchte ausgewogen und objektiv sein. Das Wichtigste in Kürze ist eigentlich eine Zusammenfassung des Inhalts von Pro und Contra. Im Büchlein sind aber nur Pro-Argumente für die Initiative aufgeführt. Im letzten Absatz auf Seite 5 heisst es dann, der Einwohnerrat hat die Initiative übrigens abgelehnt. Die Gründe werden mit keinem Wort erwähnt. Dafür müsste man als Stimmbürger, wenn man die Geduld hat, auf Seite 16 nach hinten blättern. Der Votant fragt sich, ob das ausgewogen ist. Wenn das ausgewogen ist, dann ist eine Waage in der Balance, wenn in der linken Schale eine Maus sitzt und in der rechten ein Elefant.

Es wurde vorher lang und kontrovers über den auf Seite 11 erwähnten Kompromiss der Abschaltzeiten diskutiert. Hier steht, das Initiativkomitee habe dem Kompromiss zugestimmt. Es hiess hier im Rat, man habe eigentlich über einen ganz anderen Text abgestimmt. Er stellt aber fest, dass in den Erläuterungen, die den Stimmbürger informieren sollen, genau das drin steht. Wenn das vorher gewesen ist, hätte man vielleicht – als man gesehen hat, dass es nun nicht mehr so ist und sich die Situation verändert hat – eine Anpassung vornehmen müssen. All das zeigt, dass es mit einer schönen Absichtserklärung, man werde dem Einwohnerrat in dieser Spezialsituation etwas mehr Gewicht einräumen, nicht getan ist. Der Votant appelliert an die Anwesenden, Sorgfalt walten zu lassen. Es geht nicht darum, ob es sich um ein Geschäft von links oder rechts handelt. Ihm geht es darum, inskünftigen, potenziellen Schaden von der Gemeinde abzuwenden, indem man sorgfältiger vorgeht. In Binningen ist man diesbezüglich ein gebranntes Kind. Als Beispiel nennt der Redner das Stichwort Werkhof. Die FDP möchte nicht einfach klein beigeben. Die Antwort ist für die Fraktion noch nicht befriedigend. Sie möchte das Postulat daher nicht abschreiben sondern stehenlassen.

Urs Brunner, SVP erklärt, nach der Rechtsprechung seien örtliche Abstimmungserläuterungen oder Abstimmungsbotschaften, in denen eine Vorlage erklärt und zur Annahme oder Ablehnung empfohlen wird, unter dem Gesichtspunkt der Abstimmungsfreiheit zulässig. Die Behörde ist laut Bundesgericht nicht zur Neutralität verpflichtet, wohl aber zur Objektivität. Sie darf Abstimmungsempfehlungen abgeben. Behördeninformationen müssen geeignet sein, um zur offenen Meinungsbildung beizutragen. Sie dürfen nicht in dominanter und unverhältnismässiger Art im Sinne von Propaganda eine freie Willensbildung der Stimmberechtigten erschweren oder verunmöglichen. Der Postulant hat den Gemeinderat aufgefordert, zu prüfen, mit welchen Massnahmen sichergestellt werden kann, dass die Abstimmungserläuterungen zu kommunalen Vorlagen in Zukunft den kantonalen Vorgaben entsprechen. Diese Massnahmen werden in der Vorlage aber noch nicht aufgezeigt. Der Gemeinderat ist lediglich bestrebt, bei der Ausarbeitung von künftigen Abstimmungserläuterungen mehr Wert auf die Darstellung der einwohnerrätlichen Beratung einer Vorlage zu legen. Bestrebt. Das ist Gummi. Der Gemeinderat weist in der Vorlage auf Besonderheiten des Legislaturwechsels hin. Das Argument ist Augenschwermerei. Drei Gemeinderäte und eine Gemeinderätin, die in der Legislatur von 2012 bis 2016 gewählt waren, sind auch in der jetzigen Legislatur vertreten. Die SVP-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass das Abstimmungsbüchlein unausgewogen informiert, keine sachliche Gewichtung vornimmt und eine initiativfreundliche Position einnimmt. Die Fraktion kann der Abschreibung des Postulats nicht zustimmen.

Patricia Bräutigam, CVP teilt mit, auch die CVP erachte das Postulat der FDP als berechtigt. Wie Marc Schinzel bereits aufgezeigt hat, war das Abstimmungsbüchlein zur Lichtemissionsinitiative definitiv nicht ausgewogen. Der Gemeinderat hat Stellung genommen zum Postulat und über das allgemeine Vorgehen beim Erstellen von Abstimmungserläuterungen informiert. Das Fazit des Berichts scheint zu sein, dass man auf Bestrebungen des Gemeinderats, in Zukunft die einwohnerrätliche Beratung besser darzustellen, vertrauen solle. Das ist für die CVP keine zufriedenstellende Lösung. Es soll sichergestellt werden, dass die Bevölkerung ausgewogene Informationen erhält, unabhängig vom Inhalt der Vorlage. Schlussendlich ist das die Voraussetzung für das Funktionieren unserer Demokratie. Die Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats daher nicht folgen und das Postulat nicht abschreiben.

Bettina Benthaus, SP findet, Marc Schinzel solle sich nicht derart aufregen. Er hat völlig Recht. Die SP ist einverstanden mit dem Postulat und dankbar dafür. Selbstverständlich sollen die Informationen in allen Abstimmungsunterlagen ausgewogen sein und alle Seiten darstellen. Das ist überhaupt keine Frage. Normalerweise war das bisher auch so. Der Gemeinderat hat sich bereit erklärt, das Ganze in Zukunft mit grösserer Sorgfalt anzugehen. Vielleicht ist es der Fraktion nicht aufgefallen, weil sie die Unterlagen mehrheitlich nicht mehr konsultiert hat. Die Fraktionsmitglieder wussten worüber abgestimmt wird. Die SP könnte sich damit einverstanden erklären, das Postulat stehen zu lassen.

Anand Jagtap, Grüne führt aus, seine Fraktion habe sehr grosses Verständnis für das Anliegen von Marc Schinzel. Die Grünen schliessen sich der Meinung an, dass der Abstimmungstext tatsächlich nicht aus-

gewogen gewesen ist. Sie haben auch schon in anderen Konstellationen und bei anderen Vorlagen diese Erfahrung gemacht. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat für seine Stellungnahme und die Auseinandersetzung mit dem Thema. Der Hinweis, dass eine externe Fachperson das Ganze durchliest und man daher davon ausgehen könne, dass es ausgewogen sei, hat ihn etwas nachdenklich gestimmt. Man kann nicht alles delegieren, vor allem wenn politisches Gespür gefragt ist. Es ist sicher ein sehr wichtiges Thema. Die Grünen hoffen, dass die Sensibilität in Zukunft höher sein wird. Die Fraktion schliesst sich den Äusserungen der anderen Parteien an und wird das Postulat nicht abschreiben.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP hat vollstes Verständnis für die Voten. Es sind sich wahrscheinlich alle einig, dass solche Abstimmungsbüchlein ausgewogen und vor allem von beiden Positionen klar und sauber abgehandelt sein müssen. Es muss ein Gleichgewicht bestehen. Er stimmt den Einwohnerratsmitgliedern durchaus zu, dass die Ausgewogenheit in diesem speziellen Fall, wie es der Postulant aufgezeigt hat, nicht durch das ganze Büchlein da ist. Er könnte nun erklären, wie die Aufstellung im Büchlein zu Stande kam. Das trägt aber nichts zur Sache bei. Dem Gemeindepräsidenten scheint es viel wichtiger, nach vorne zu schauen. Das Postulat ist auf jeden Fall beim Gemeinderat angekommen. Der Gemeinderat wird der Sache grösste Aufmerksamkeit schenken. Er hat sich die Hinweise auf die Hausaufgabenliste geschrieben, damit es das nächste Mal anders kommt. Von verschiedener Seite wurde gesagt, man möchte das Postulat nicht abschreiben. Er fragt sich, was der Gemeinderat mit einem solchen Entscheid in diesem speziellen Fall machen muss. Man könnte dem Einwohnerrat einen überarbeiteten Bericht vorlegen. Es ist aber immer noch nur Geschriebenes. Wenn der Rat zum Schluss kommt, das Postulat nicht abzuschreiben, würde er sich erlauben, einen Vorschlag zu machen. Das Postulat könnte so lange stehen gelassen werden, bis das nächste Mal eine Initiative vorliegt, für welche ein Büchlein aufbereitet werden muss. Nach der Abstimmung könnte man auf das Postulat zurückkommen. Somit hätte man die Möglichkeit, mit Tatsachen über die Abschreibung des Postulats zu diskutieren.

Philippe Spitz, SP findet, man könne beide Meinungen vertreten. Man kann das Postulat stehen lassen. Aber was passiert dann? Der Gemeindepräsident hat es geschildert. Eigentlich ist jeder im Rat eingeladen, sobald die Abstimmungsbüchlein vorliegen, diese sofort anzuschauen und allenfalls Beschwerde einzureichen. Das sollte für den Gemeinderat, dessen Aufgabe es ist, das Büchlein ausgewogen zu gestalten, genug präventiv wirken, um dies auch einzuhalten. Das würde für eine Abschreibung sprechen.

Marc Schinzel, FDP dankt dem Gemeindepräsidenten für seine Erläuterungen, die aus seiner Sicht in eine gute Richtung gehen. Es ist aber nicht so einfach, wie es sein Vorredner Philippe Spitz dargestellt hat. Der Rechtsweg ist in einem demokratischen Prozess ein unschöner Weg. Er hätte sich das auch überlegen können. Das Postulat wurde vor der Abstimmung eingereicht. Der Votant wählte bewusst den politischen Weg. Der Rechtsweg wäre für ihn die ultima ratio. Nun war die Frage: Was bringt es, das Postulat stehen zu lassen? Die FDP möchte einfach, dass der Gemeinderat in 5 - 6 Massnahmen aufzeigt, wie man künftig mehr Sorgfalt auf dieses Thema verwenden möchte. Das ist nicht so schwierig. Es braucht kein Reglement. Es muss erklärt werden, was man sich überlegt hat. Wo setzen wir den Punkt an? Der Redner hat die Unausgewogenheit in seinem vorigen Votum aufgezeigt. Er ist der Ansicht, dies darzulegen sei keine Überforderung des Gemeinderats.

Manuel Mohler, FDP denkt, es sei relativ klar aus dem Postulat hervorgegangen. Der Gemeinderat soll darlegen, welche Massnahmen künftig ergriffen werden können. So kann ein Prozess institutionalisiert werden, der dazu beiträgt, solche Verfehlungen künftig zu vermeiden. Nur weil man es in Zukunft einmal richtig gemacht hat, ist noch lange nicht sichergestellt, dass begriffen wurde, um was es geht. Er regt an, konkrete Massnahmen zu definieren, damit es nicht nur einmal sondern immer richtig läuft.

ABSTIMMUNG

Antrag Abschreibung: 36 Nein, 1 Enthaltung

://: Das Postulat wird nicht abgeschrieben.

Beantwortung der Anfrage

Anfrage Ph. Spitz, SP, und M. Mohler, FDP: Liegenschaftsstrategie / Verkauf Grundstücke

71

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP schickt voraus, die Beantwortung der Anfrage erfolge aus Rücksicht auf laufende Vertragsverhandlungen sowie aus datenschutzrechtlichen Gründen in eingeschränkter Weise. Die betroffenen Baurechte sind Teil der Umsetzung aus früheren Gemeinderatsgeschäften, bei denen es um eine Bereinigung ging. Wenn sie es richtig verstanden hat, wollte der Einwohnerrat explizit wissen, ob seit der letzten Einwohnerratssitzung ein Beschluss bezüglich Verkauf oder Verlängerung von Baurechten gefasst wurde. Das ist nicht der Fall. Die Beschlüsse wurden alle früher gefällt.

1. *Stimmt es, dass seit der letzten Einwohnerratssitzung vom 4. Dezember 2017 Liegenschaftsparzellen verkauft oder Dienstbarkeiten (insbesondere selbständige und dauernde Baurechte) eingeräumt oder verlängert wurden?*

Das ist so nicht der Fall. Die Verhandlungen sind seit mehreren Jahren im Gange und befinden sich kurz vor dem Abschluss. Die zuständige Gemeinderätin hat die betroffenen Fälle in der letzten Einwohnerratssitzung erwähnt und erklärt, worum es dabei geht.

2. *Was war Gegenstand allfällig erfolgter Rechtsgeschäfte?*

Das Rechtsgeschäft ist noch nicht erfolgt. Die Geschäfte befinden sich in der Abschlussphase. Es geht einerseits um den Verkauf von kleineren Baurechtsparzellen. Es handelt sich dort um ein Flickwerk von 40 Baurechtsparzellen, die in den 90er-Jahren zum grossen Teil veräussert wurden. Vier kleinere Parzellen sind noch verblieben. Vor einigen Jahren wurde beschlossen, dies zu bereinigen und den Bewohnern den Erwerb der Parzellen zu ermöglichen, wie es die anderen 36 bereits machen durften.

3. *Wie gross (Anzahl Quadratmeter) sind die betroffenen Grundstücke?*

Es geht um Grundstücke von 400 Quadratmeter.

4. *Waren die erwerbenden Vertragsparteien aufgrund bestehender (vor dem Jahr 2017 abgeschlossener) Vereinbarungen berechtigt, den Vertrag mit der Gemeinde einseitig (d.h. ohne Zustimmung der Gemeinde) zum Abschluss zu bringen (z.B. aufgrund eines Kaufrechtsvertrages oder Baurechtsvertrages mit Verlängerungsoption)?*

Wenn damit gemeint ist, dass ein Angebot an die Baurechtsnehmer vorlag, dann kann die Votantin die Frage bejahen. Das lag bereits 2016 vor.

5. *Sofern die erwerbenden Vertragsparteien keinen Anspruch hatten, den Vertrag mit der Gemeinde einseitig zum Abschluss zu bringen:*
 - a. *Welche Gründe sprachen für den Abschluss der Rechtsgeschäfte?*
 - b. *Wäre es möglich gewesen, mit dem Abschluss der Rechtsgeschäfte bis zum Vorliegen der definitiven Liegenschaftsstrategie zuzuwarten?*

Dieser Punkt erübrigt sich durch die Beantwortung der Frage 4.

6. *Welche Gegenleistungen/Preise wurden erzielt (Quadratmeterpreis im Falle der Veräusserung einer Liegenschaftsparzelle, Baurechtszins im Falle der Einräumung eines Baurechts etc.)?*

Man befindet sich in der Abschlussphase von Verträgen. Aus Datenschutz- und Persönlichkeitsschutzgründen können keine Aussagen zu den Preisen gemacht werden, da mehrere Parteien involviert sind. Das Angebot wurde vor 2016 platziert und musste sich im Rahmen der Anpassung der Baurechtszinsen und den Möglichkeiten des Reglements bewegen.

7. Wurde abgeklärt, ob die erzielten Gegenleistungen/Preise dem Marktniveau entsprechen?

Ja.

Wie erfolgten etwaige Abklärungen und welche Ergebnisse zeitigten diese?

Das Baurechtszinsniveau wird stufenweise angepasst und läuft bis 2026. Es ist ein laufender Prozess. Im Rahmen der Immobilienstrategie wird sich der Gemeinderat dem Baurechtsreglement annehmen und genau diese Fragen zentral behandeln. Dafür braucht es eine vertiefte Betrachtung des Baurechtsreglements im Rahmen der Immobilienstrategie und keinen Entscheid aus Einzelverkäufen.

Traktandum 6

Diversa

Thomas Hafner, CVP informiert die Anwesenden, die CVP Binningen-Bottmingen führe eine Diskussionsveranstaltung zur «No Billag»-Initiative durch. Datum: 30. Januar 2018, um 19.00 Uhr in der Aula des Mühlemattschulhauses. Die Referenten sind die CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter und Stefan Kaiser von der Jungen FDP Baselland. Der Votant lädt alle herzlich zu dieser Veranstaltung ein. Er ist überzeugt, es gebe sicher eine emotionelle Diskussion.

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP bedankt sich bei allen Anwesenden und schliesst die Sitzung um 22.05 Uhr. Die nächste ordentliche Sitzung findet am 5. März 2018, 19.30 Uhr, statt.